

Kulturausschuß begrüßt Kabinettsbeschuß der Landesregierung zur Stiftung Ludwig

Beide Fraktionen im Kulturausschuß des Landtags begrüßten den Kabinettsbeschuß der Landesregierung zur Stiftung Ludwig als einen Schritt, die Verhandlungen in ein konkretes Stadium zu führen. Dies wurde bei einer unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Albrecht Beckel (CDU) in Münster abgehaltenen Ausschußsitzung deutlich, in der neben dem Stiftungsvorhaben Fragen der Literaturförderung im Lande erörtert wurden.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll Zweck der Stiftung die Förderung der bildenden Kunst einschließlich verwandter Gebiete durch die Pflege, Betreuung, wissenschaftliche Erschließung und öffentliche Ausstellungen des Kunstbesitzes der Stiftung sein. Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben soll die Stiftung weitere der Kunstförderung dienende Maßnahmen durchführen, den Erhalt deutschen Kulturgutes fördern und dem internationalen Austausch dienen. Der so umschriebene Stiftungszweck, der von dem ursprünglichen Satzungsentwurf abweicht, soll deutlich machen, daß im Mittelpunkt der Arbeit der Stiftung der Kunstbesitz zu stehen habe und nicht eine allgemeine kulturpolitische Zielsetzung.

Vier Stifter

Die vier Stifter sollen gleiches Gewicht erhalten. Die Stiftung Ludwig kann nun mit einem Etat von 5,25 Millionen DM die Arbeit beginnen, wovon nach den Vorstellungen der Landesregierung der Bund, die Stadt Köln und das Land Nordrhein-Westfalen je ein Drittel Anteil in Höhe von 1,75 Millionen DM (jeweils eine Million DM für Ankäufe) zu tragen hätten.

Die an der Stiftung Beteiligten haben sich nach Angaben des Kultusministeriums zwar noch nicht abschließend zur finanziellen Konzeption der Landesregierung geäußert, jedoch sei der Verhandlungsvorschlag vom Grundsatz her von dort positiv aufgenommen worden. Als ein wesentliches Kriterium stellte sich heraus, daß die Verhandlungen mit dem Bund nunmehr in eine konkrete Phase einzutreten scheinen.

Die Landesregierung steht auf dem Standpunkt, daß die vorgesehene Bundesbeteiligung verfassungskonform ist. Insbesondere wurde hierzu eine Reihe von Beispielen einer Bundesbeteiligung an anderen kulturellen Einrichtungen mit Bundesländern gegeben. Was die Rolle der Stadt Köln im Hinblick auf deren finanzielle Beteiligung angeht, bestand ebenfalls Einmütigkeit, daß es hier bald zu einer Klärung kommen müsse.

Ebenso wie das Stifterehepaar Ludwig stets ausdrücklich seine Bereitschaft gezeigt habe, zu allen Fragen der Stiftungssatzung verhandlungsbereit zu sein, könne, so das Kultusministerium, darauf vertraut werden, daß das Stiftungsangebot auch über das Ende dieses Jahres hinaus aufrechterhalten werde.

Porträt der Woche

Als das Problem Hausbesetzungen noch nicht in den öffentlichen Blickwinkel gerückt war, packte er es schon an der Wurzel an: In seinem beruflichen wie parlamentarischen Wirkungskreis sorgte der CDU-Landtagsabgeordnete Hans Hoof dafür, daß zahlreiche zum Abbruch vorgesehene Häuser bis zum endgültigen Abriß an Wohnungssuchende „auf Zeit“ vermietet wurden. Ungeachtet von Widerständen der örtlichen Baubehörden wurde diese Initiative Wohnraum nicht vorzeitig zerstört. „Mit den vorübergehenden Mietern gab es dann beim Auszug keine Schwierigkeiten“, erinnert sich Hans Hoof.

Der über die Landesreserveliste seiner Partei nach der letzten Landtagswahl 1980 in den Landtag gewählte Siegerländer ist der Auffassung, daß die kritische Situation auch heute entschärft werden könnte, wenn die Häuser bis zum endgültigen Abbruch vermietet würden. Zudem müsse dieses Thema endlich „entideologisiert“ werden. Der Abgeordnete kritisiert in diesem Zusammenhang auch die Medien, die in der Öffentlichkeit oft den Eindruck aufkommen ließen, daß dieses Problem nur durch „Terror“ gelöst werden könne.

Der 1925 als Sohn einer Bergmannsfamilie in Niederndorf (Kreis Siegen) geborene CDU-Abgeordnete lernte Bankkaufmann und wechselte nach Kriegsende in die öffentliche Verwaltung über. Lange Zeit war er als Stadtamtmann der Stadt Freudenberg tätig, und anschließend zehn Jahre lang leitete er das Straßenneubauamt Betzdorf (Sieg) bei der Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz. Aufgrund eigener Erfahrungen bedauert Hans Hoof, daß bei den Straßenbauprojekten früherer Jahre zu oft der Umweltschutz vernachlässigt worden ist. Es sei zu begrüßen, daß das öffentliche Gewissen für den Umweltschutz durch die Bürgerinitiativen geweckt worden sei, „selbst auf die Gefahr hin, daß sie da und dort über das Ziel hinausschießen“. Schon bald nach Kriegsende stieß der praktizierende evangelische Christ zur CDU. Die Erfahrungen hatten ihn gelehrt, daß die beiden Konfessionen eine gemeinsame politische Heimat haben müßten. Und als die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) gegründet wurde, kreuzte das Mitglied des Bundesvorstandes des evangelischen Westdeutschen Männerbundes mit den damaligen GVP-Mitgründern, dem heutigen Mi-



Hans Hoof (CDU)

nisterpräsidenten Rau und seinem Kabinettskollegen, Minister Posser, manch politische Klinge. Doch stets begegnet Hans Hoof dem Gegner mit Toleranz, wie er überhaupt ein Mann des Ausgleichs ist, der den Dialog mit politischen Freunden wie Widersachern pflegt.

Der CDU-Abgeordnete zählt zu den erfahrenen Kommunalpolitikern der Landtagsfraktion. So führt er schon lange die Fraktion seiner Partei im Freudenberger Stadtrat und im Kreistag von Siegen. Als derzeit einziger Landtagsabgeordneter gehört er auch der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an. In den Landtag kam er auf Drängen seiner politischen Freunde. Heute bedauert Hans Hoof diesen Schritt nicht. Einmal macht ihm das Mandat viel Freude, und zum anderen kann er aufgrund der engen Verzahnung zwischen Land und Kommunen besser die Interessen seiner Heimatregion vertreten. Denn dem Bürger zu helfen und immer „Ansprechpartner“ für ihn zu sein, empfindet er als eine der wesentlichsten Aufgaben eines Parlamentariers.

Der CDU-Abgeordnete, der im Gegensatz zu manchen politischen Freunden, für die beängstigende Finanzlage der öffentlichen Hand „uns alle“ verantwortlich macht, sieht heute die Aufgabe darin, die Einsicht in der Bevölkerung zu wecken, „daß wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben“. Daraus müßten Konsequenzen gezogen werden. „Man kann eben auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben, als man einnimmt.“ Eine Binsenwahrheit zwar, aber in der politischen Praxis mühevoll zu realisieren. Dank der jahrzehntelang erworbenen Sachkenntnis und der politischen Praxisnähe wird sein Wort in der Fraktion beachtet. Jochen Juretko